

Vor der Gleichschaltung

Die Parteidiskussion in der KPR (B) in den Jahren 1920/21

Otto Wenzel

Auf dem 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der vom 28. Januar bis zum 1. Februar 1923 in Leipzig stattfand, sagte Clara Zetkin, die ihre Partei im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) in Moskau vertrat, in einem Diskussionsbeitrag: „Kritik ist für die Partei Lebensnotwendigkeit. Erst aus dem Zusammenprall der Meinungen entspringt der Funke Wahrheit. Wir müssen in der Partei Meinungsfreiheit, die Diskussionsfreiheit für die Tendenzen haben.“¹

Diese innerparteiliche Demokratie war damals in den Parteien der Kommunistischen Internationale (Komintern) nicht unüblich. Eines der bemerkenswertesten Beispiele waren die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) in den Jahren 1920 und 1921.² In der Partei bildeten sich Oppositionsgruppen, welche die Unzufriedenheit der Mitglieder, aber auch der parteilosen Arbeiter, mit der „Renaissance des autokratischen Prinzips“³ im Parteiapparat, im Staatsapparat und im Wirtschaftsapparat artikulierten. Die Rechtfertigung dieser Strukturen durch die Notlage des Bürgerkrieges war jetzt entfallen. Die antibolschewistischen Generale Koltshak, Denikin und Wrangel waren besiegt, ein polnischer Einfall in die Ukraine erfolgreich abgewehrt. Die Opposition kämpfte „hartnäckig für die Verwirklichung von Idealen, die einer Zeit entstammten, da man von der Macht noch weit entfernt war“.⁴

Wirtschaftlich stand das Land jedoch vor dem Zusammenbruch. Daran war weniger der Bürgerkrieg mit seinen Verwüstungen schuld, als die Unfähigkeit des Regimes, mit dem System des sogenannten „Kriegskommunismus“, das jegliche private Initiative ausschaltete, wirtschaftliche Werte zu produzieren. Die industrielle Produktion sank teilweise auf ein Prozent des Standes von 1913. Lenin berichtete am 4. Februar 1921 auf einer Konferenz der Metallarbeiter, daß die Regierung in dreizehn Gouvernements 130 000 Tonnen Saatgut ausgegeben habe, wofür bei der Ernte 98 000 Tonnen Getreide abgeliefert worden seien.⁵

Auf der Suche nach neuen Wegen zur Wiederbelebung der Wirtschaft, aber auch der Organisation und der Funktionen der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften und des Staatsapparates bildeten sich innerhalb der damaligen Kommunistischen Partei Ruß-

1 Bericht über die Verhandlungen des 8. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Berlin 1923, S. 272.

2 Vgl. Kool, Frits/Oberländer, Erwin (Hrsg.): Dokumente der Weltrevolution, Bd. 2. Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Olten/Freiburg. i. B. 1967, S. 83–264; Rauch, Georg von: Geschichte des bolschewistischen Rußlands. Wiesbaden 1956, S. 183 ff.; Schapiro, Leonard: Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Frankfurt/M. 1961, S. 220 f.; Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion von 1917–1991. München 1998, S. 159 ff.; Luks, Leonid: Geschichte Rußlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin. Regensburg 2000, S. 157 ff.

3 Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 159.

4 Kool/Oberländer: Arbeiterdemokratie, S. 83.

5 Wladimir I. Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XXVI, 3. Auflage. Moskau 1940 (künftig zitiert: Lenin XXVI), S. 182. Dem Verfasser standen für diese Arbeit Lenins Sämtliche Werke der 2. bzw. 3. Auflage zur Verfügung. Der umfangreiche Anmerkungsapparat der 2. Auflage war noch nicht der stalinistischen Säuberung zum Opfer gefallen. Für die 3. Auflage galt das in eingeschränktem Maße.

lands (Bolschewiki), KPR(B), mehrere Gruppen gleichgesinnter Mitglieder, sogenannte „Fraktionen“. Die Zusammenfassung der Vorstellungen einer Gruppe, die schriftlich niedergelegt wurde, nannte man eine „Plattform“. Sie wurde auf Parteitag, in der Parteipresse und in Mitgliederversammlungen vorgetragen und diskutiert.

Demokratischer Zentralismus

Eine dieser Gruppen nannte sich „Demokratischer Zentralismus“. Ihr gehörten neben den prominenten Bolschewiki Ossinski, Saprnow und Smirnow vorwiegend Arbeiter an, die mit Besorgnis sahen, wie hohe Partei- und Staatsfunktionäre selbstherrliche und diktatorische Allüren annahmen und ein lebensfremder bürokratischer Apparat entstand. Diese Gruppe versprach sich eine Besserung davon, an die Spitze einer Behörde nicht *einen* verantwortlichen Funktionär, sondern ein Kollegium von drei oder mehr Männern zu setzen. In der Plattform dieser Gruppe hieß es dazu: „Schließlich werden die verantwortlichen Mitarbeiter nur durch den kollegialen Kontakt vor der Absorbierung durch enge Berufsaufgaben, vor der Verwandlung in beschränkte Beamte ihres Faches, bewahrt. [...] Das kollegiale Prinzip ist die notwendige Grundlage des Systems des demokratischen Zentralismus⁶ und die schärfste Waffe gegen das Wiederaufleben des Ressortgeistes und die Verknöcherung des Sowjetapparates [...].“⁷

Die Gruppe fand dabei die Unterstützung der Gewerkschaften, die damals zwar schon unter kommunistischer Führung standen, aber noch nicht wie unter Stalin und seinen Nachfolgern willenslose Werkzeuge der Parteiführung waren. Lenin kritisierte daraufhin auf dem IX. Parteitag (April 1920) diese Bestrebungen und nannte sie „einen einzigen Wirrwarr“. Einer der Führer der Gruppe „Demokratischer Zentralismus“, Saprnow, konnte es sich damals noch leisten, Lenins Worte als „Geschimpfe“ zurückzuweisen. Das Zentralkomitee (ZK) der Partei bezeichnete er als „eine kleine Handvoll Parteioligarchen“. Egal wieviel man vom Wahlrecht, von der Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Partei rede – da Lenins ZK von allen Parteimitgliedern einen „mechanischen Gehorsam“ fordere, führe letzten Endes alles zur „Diktatur der Parteibürokraten“.⁸

Die Gruppe „Demokratischer Zentralismus“ setzte sich nicht durch, aber die Parteiführung kam ihr in einigen Resolutionen entgegen. Bezeichnend für den Geist der Delegierten war der Beifall, der aufkam, als der Berichterstatter des ZK, Sinowjew, auf dem Parteitag ankündigte, in Zukunft werde innerhalb der Partei eine größere Freiheit der Kritik zugelassen. Die Mitglieder würden Gelegenheit bekommen, in Versammlungen Kritik zu üben, ohne eine Maßregelung oder Entlassung befürchten zu müssen.⁹

Arbeiter-Opposition

Eine andere Gruppe, die zu dieser Zeit an der Parteiführung heftige Kritik übte, nannte sich „Arbeiter-Opposition“. Zu ihren Führern gehörten der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft Schljapnikow sowie Aleksandra Kollontai, die 1917 dem ZK angehört hatte. Über die Auffassungen dieser Gruppe schrieb Kollontai eine Broschüre, die mit

6 Dieser Ausdruck darf mit dem „demokratischen Zentralismus“, wie er unter Stalin und seinen Nachfolgern praktiziert wurde, nicht verwechselt werden. Dieser war ein Kommandosystem, das sich des Attributs „demokratisch“ als Attrappe bediente.

7 Wladimir I. Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XXV, 2. Auflage. Wien/Berlin 1930 (künftig zitiert: Lenin XXV), S. 658.

8 Jaroslawski, E.: Aus der Geschichte der KPdSU(B). Hamburg/Berlin 1931, S. 205.

9 Lenin XXV, S. 902.

einer Auflage von 250 000 Exemplaren von der Druckerei der Parteizeitung *Prawda* herausgegeben wurde.¹⁰

Die Gruppe „Arbeiter-Opposition“ erkannte, daß Mitglieder der Partei-, Staats- und Wirtschaftsführung eine neue Oberschicht bildeten. In der genannten Broschüre hieß es: „Nur Arbeiter, die äußerst stark mit proletarischem Klassenbewußtsein erfüllt sind, nur die Auslese der vorwärtsschreitenden revolutionären Klasse, die zu stark war, um von der ‚Gewalt‘ und kleinem Ehrgeiz korrumpiert zu werden, die sich an dem Wettlauf um die Sowjetkarriere und dem Sowjetbürokratismus nicht beteiligte, sind innerlich mit den Massen, mit den Arbeitern, mit denselben unteren Schichten verbunden, aus denen sie selbst hervorgegangen sind.“ Kollontai stellte fest, daß die Arbeiterklasse eine immer geringere Rolle spiele und immer weniger imstande sei, die Maßnahmen der sogenannten Arbeiter-Regierung zu beeinflussen. Sie sei geradezu gezwungen, „in der sowjetischen Arbeiter-Republic ein geschändetes, elendes Zuchthäuslerdasein“ zu führen.

Wovon versprach sich die „Arbeiter-Opposition“ Abhilfe? Einmal von Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet. Das oberste Gremium der Volkswirtschaftsverwaltung sollte sich „aus den Produzierenden selbst“ zusammensetzen. Damit waren gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiter gemeint. Ohne die Zustimmung der Gewerkschaften sollte kein Posten der Wirtschaftsverwaltung besetzt werden dürfen.

Die Gruppe „Arbeiter-Opposition“ dachte aber auch an Maßnahmen zur Demokratisierung der Kommunistischen Partei. Folgende seien besonders hervorgehoben:

- Das Prinzip der „Ernennungen“ und „Bevollmächtigungen“ sollte aufgehoben werden. Alle Funktionäre von oben bis unten sollten wählbar, ihre Verantwortlichkeit vor den breiten Massen der Parteimitglieder verstärkt werden.
- Der Stimmung der Massen sollte größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Darum sollten alle Fragen zunächst in den unteren Schichten der Arbeiterschaft diskutiert und dann erst die Meinungen durch die Spitzen der Partei zusammengefaßt werden. Um zu gewährleisten, daß die Beratungen und Entscheidungen der Parteigremien über allgemeine Angelegenheiten und Personalangelegenheiten bekannt werden, sollte jedes Mitglied das Recht erhalten, bei ihren Sitzungen anwesend zu sein. Das sollte auch für Sitzungen des Politbüros gelten; Ausnahmen sollten nur bei besonders wichtigen Angelegenheiten gemacht werden.
- Die Freiheit der Gesinnung und Kritik sollte nicht nur durch das Recht auf freie Diskussion, sondern auch durch die materielle Unterstützung der innerparteilichen Strömungen bei der Herausgabe von Diskussionschriften gewährleistet werden.
- Die Zahl der Funktionäre, die gleichzeitig Staats- und Parteiämter innehaben, sollte auf ein Minimum reduziert werden.¹¹

Manches an den Forderungen der Gruppe „Arbeiter-Opposition“ verriet einen optimistischen Glauben an die Unfehlbarkeit der Arbeiterschaft. Aber ihre Verwirklichung hätte die Entartung des Sowjetkommunismus zu einer totalitären Diktatur verhindert. Stand diese Gruppe auch auf dem Boden des Kommunismus und lehnte auch sie das Mehrparteiensystem ab, so befürwortete sie doch ein großes Maß von Freiheit innerhalb der

10 Lenin XXVI, S. 336.

11 Kollontai, Aleksandra: Die Arbeiter-Opposition in Rußland. Mit kritischen Anmerkungen von R. Korpelanski, Mitglied der Revolutionären Arbeiter-Opposition Rußlands. Berlin o. J., S. 5 ff. Diese Broschüre ist gegen den Willen der Verfasserin in Deutschland gedruckt worden, worauf der Herausgeber in einer Fußnote auf S. 42 hinweist.

Partei. Eine Verwirklichung dieser Forderungen hätte es einer kleinen Gruppe von Parteioligarchen unmöglich gemacht, gegen die Interessen der großen Mehrheit der Mitglieder zu handeln.

Gewerkschaftsdiskussion

Im November 1920 entbrannte ein heftiger Meinungsstreit über die Rolle der Gewerkschaften im Sowjetstaat. Sollten sie in erster Linie den Arbeiter zu Leistungssteigerungen anspornen, oder sollten sie ausschließlich seine Interessen vertreten und gegenüber den Sowjetbehörden durchzusetzen versuchen? Das waren die Extreme, zwischen denen sich eine Unmenge von Möglichkeiten ergab.

Am 24. Dezember 1920 eröffnete das ZK die freie Diskussion über dieses Thema bis zum X. Parteitag (8. bis 16. März 1921).¹² Innerhalb kürzester Zeit erschienen acht Plattformen, die in der Parteipresse abgedruckt und in Parteiversammlungen diskutiert wurden. Sie erschienen auch in der in Hamburg herausgegebenen sowjetamtlichen *Russischen Korrespondenz*. Die wichtigsten seien hier charakterisiert.

Die Plattform Trotzki trug die Unterschrift von acht der damals neunzehn ZK-Mitglieder, neben Trotzki waren es Bucharin, Andrejew, Dersinski, Krestinski, Preobraschenski, Rakowski und Serebrjakow.¹³ Die Verfasser forderten die Umwandlung der Gewerkschaften in „Organisationen der Produktion, die unter Leitung des Staates jeden Industriezweig von allen Seiten umfassen und für die Interessen sowohl der Produktion als auch der Erzeuger verantwortlich sind“. Diese „Verstaatlichung der Gewerkschaften“ sollte unter anderem in der Schaffung einer „Zentral-Kommission“ zum Ausdruck kommen. In ihr waren der Zentralrat der Gewerkschaften, der Oberste Volkswirtschaftsrat und die Volkskommissariate für die verschiedenen Wirtschaftszweige vertreten. Aufgabe dieser Kommission war die Ausarbeitung der Wirtschaftspläne. Obwohl die Plattform an einer Stelle den Satz enthält, daß „im Bedarfsfalle auch die Methoden des proletarischen Zwanges“ angewandt werden könnten, legten die Verfasser Wert auf die Feststellung: „In den Gewerkschaften muß zuallererst die Wählbarkeit aller Organe [. . .] in weitem Umfange verwirklicht werden und das Prinzip der Ernennungen auf ein tatsächlich unumgängliches Mindestmaß beschränkt werden.“¹⁴

Auch die Plattform der Gruppe „Demokratischer Zentralismus“ sah gemeinsame Sitzungen des obersten Gewerkschaftsgremiums mit dem obersten Wirtschaftsgremium vor. Doch erhielt in diesem Vorschlag die erste Forderung ein Übergewicht, da das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates vom Zentralrat der Gewerkschaften gebildet werden sollte. Die Gewerkschaften erhielten somit die Funktion eines Wirtschaftsparlaments. Das Volkskommissariat für Arbeit sollte aufgelöst, seine Funktionen durch die Gewerkschaften übernommen werden. Ein Hinweis auf die führende Rolle der Partei in den Gewerkschaften, der in der Trotzki-Plattform enthalten war, fehlte. Bei den Wahlen in den Gewerkschaften sollten nicht nur die parteipolitischen und gewerkschaftlichen Eigenschaften, sondern auch die wirtschaftlich-administrativen Fähigkeiten der Kandidaten berücksichtigt werden.¹⁵

Die Plattform der „Arbeiter-Opposition“ trug die Unterschrift zweier Gewerkschaften, des Metallarbeiterverbandes und des Bergarbeiterverbandes. Diese führten Klage darüber, daß die Gewerkschaften im Sowjetstaat „auf das Niveau eines Auskunfts- und

12 Lenin XXVI, S. 106.

13 „Russische Korrespondenz“, II/3–4. Hamburg 1921, S. 198.

14 Ebd., S. 193 ff.

15 Ebd., S. 182 ff.

Empfehlungsbüros“ herabgedrückt worden seien und weder Druckereien noch Papier hätten. Selbst die von den großen Verbänden herausgegebenen Zeitschriften erschienen mit einigen Monaten Verspätung, weil staatliche Druckereien gewerkschaftliche Aufträge höchst ungern übernahmen. In dieser Plattform wurde die allmähliche unmittelbare Übernahme der Wirtschaftsverwaltung durch die Gewerkschaften gefordert. Allerdings sollte diese auf keinen Fall in allen Industriezweigen gleichzeitig erfolgen. Großen Wert legte die Plattform der „Arbeiter-Opposition“ auf die Versorgung der Arbeiter: Die Einsetzung besonderer Arbeiterzüge, die Zuteilung von Arbeitskleidung und Schuhen in den Betrieben und der Bau von Arbeiterkolonien und -kommunen wurden als vordringliche Aufgaben genannt.¹⁶

Es gab zu dieser Zeit nur ein bekanntes Parteimitglied, das sich für die Beibehaltung der alten Stellung der Gewerkschaften einsetzte: Rjasanow, den späteren Direktor des Marx-Engels-Instituts. Nach seinen Vorstellungen sollten die Gewerkschaften auch weiterhin für die Rechte der Arbeiter eintreten und sich für seine Interessen stark machen. Rjasanow lehnte Streiks in sozialistischen Staaten ab, sprach sich aber für die Ausübung organisierten Drucks und gezielte Einwirkungen auf die Staatsgewalt aus.¹⁷ Er fand jedoch mit diesen Vorstellungen in der Partei so wenig Resonanz, daß er während der Gewerkschaftsdiskussion auf die Aufstellung eigener Thesen verzichtete.

Auch Lenin veröffentlichte eine Plattform. Diese wurde nicht nur von ihm selbst, sondern auch von weiteren sechs der neunzehn ZK-Mitglieder unterschrieben wurde: Sinowjew, Tomski, Rudzutak, Kalinin, Sergejew (genannt Artjom) und Stalin.¹⁸ Damit bekam Lenin eine Unterschrift weniger als Trotzki. Lenins Plattform ließ die Absicht erkennen, die Gewerkschaften möglichst stark für die Interessen der Partei und des Staates einzuspannen, ohne ihnen eigene Verantwortung zu übertragen. Sie sollten „Schulen des Kommunismus“ werden, also die Masse ihrer Mitglieder an die Kommunistische Partei heranführen. Wie in der Trotzki-Plattform betonte Lenin die führende Rolle der Partei, doch stand die versprochene „Arbeiterdemokratie“ („breite Wählbarkeit aller Organe“) in krassem Widerspruch zur „Auswahl des leitenden Personals der Gewerkschaftsbewegung unter der Führung und Kontrolle unserer Partei“. Die Gewerkschaften sollten „die Kontrolle und die Inspektion über den Gang und die Lage der Produktion und die Tätigkeit der sie regulierenden Organe“ übernehmen.¹⁹ Das bedeutete, daß einige Gewerkschaftsfunktionäre zu Aufpassern und Antreibern der Arbeiter bestellt werden sollten, den Gewerkschaften jedoch ein Einfluß auf die Leitung der staatlichen Wirtschaft versagt werden sollte.

X. Parteitag

Auf dem X. Parteitag, der am 8. März 1921 zusammentrat, fand die Gewerkschaftsdiskussion ein Ende. Lenins Umschwenken auf die „Neue Ökonomische Politik“, die der Privatindustrie und dem privaten Handel einen gewissen Spielraum ließ, entzog ihr die reale Grundlage. Es wurde eine Kompromißresolution gefunden, die bei nur sechs Gegenstimmen angenommen wurde.²⁰ Lenin versuchte, den Gruppen entgegenzukommen, die in Opposition zu ihm standen. So kritisierte er zwar einen Großteil der Auffassungen

16 Ebd., S. 184 ff.

17 Ebd., S. 161.

18 Ebd., S. 208.

19 Ebd., S. 201 ff.

20 Lenin XXVI, S. 285 u. 289.

der „Arbeiter-Opposition“ sehr scharf, ließ aber zwei ihrer Führer, Schljapnikow und Kutusow, in das ZK wählen.²¹

Lenin fürchtete allerdings, daß eine Gruppenbildung die Diktatur der Kommunistischen Partei gefährden könnte. Darum ließ er vom Parteitag die sofortige Auflösung aller bestehenden innerparteilichen Gruppen und die Resolution „Über die Einheit der Partei“ beschließen. Kritik sollte den Mitgliedern künftig nur noch in Versammlungen aller Parteimitglieder gestattet werden.²² Allerdings war Lenin zu einem Zugeständnis bereit: „Wir können den Mitgliedern des ZK nicht das Recht nehmen, an die Partei zu appellieren, wenn eine grundlegende Frage Meinungsverschiedenheiten hervorruft.“ Es sei nicht möglich, „Wahlen nach Plattformen“ zu verbieten. Damit waren innerparteiliche Wahlen gemeint, bei denen die Kandidaten als Verfechter bestimmter Auffassungen vor die Mitglieder treten, wobei ihre Auffassungen im Gegensatz zu denen des Parteiführers stehen könnten. Lenin sagte wörtlich: „Wenn unsere Resolution über die Einheit der Partei und natürlich auch die Entwicklung der Revolution uns zusammenschweißen werden, so werden Wahlen nach Plattformen nie wieder vorkommen. [...] Sollten aber die Umstände grundlegende Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, kann man es dann verbieten, daß sie vor dem Richterstuhl der gesamten Partei ausgetragen werden? [...] Das ist ein übertriebener Wunsch, der unerfüllbar ist und den ich abzulehnen empfehle.“²³

Die Parteidiskussion 1920/21 in der stalinistischen und poststalinistischen Literatur

Nach Stalins Sieg im Kampf um die Nachfolge Lenins war die Parteidiskussion der Jahre 1920 und 1921 für die parteiamtliche Literatur eine Aneinanderreihung von Machenschaften parteifeindlicher Gruppen. In der *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang* von 1938 wurde der auf dem IX. Parteitag auftretenden „parteifeindlichen“ Gruppe „Demokratischer Zentralismus“ vorgeworfen, eine „schrakenlose ‚Kollegialität‘ und Unverantwortlichkeit in der Leitung der Industrie“ verfochten zu haben.²⁴ „Einpeitscher“ der Gewerkschaftsdiskussion und „des Kampfes gegen Lenin, gegen die Leninsche Mehrheit des Zentralkomitees“ war nach dieser Darstellung Trotzki, der „gegen die Entfaltung der Demokratie in den Gewerkschaften, gegen die Wählbarkeit der Gewerkschaftsorgane“ gewesen sein soll. Die als „parteifeindlich“ bezeichnete Gruppe „Arbeiter-Opposition“ habe die Rolle der Partei „auf ein Nichts reduzieren“ wollen, sie habe die Bedeutung der Diktatur des Proletariats im wirtschaftlichen Aufbau verneint. Der Gruppe „Demokratischer Zentralismus“ wurde vorgeworfen, die volle Freiheit der Fraktionen und Gruppierungen gefordert zu haben. Der Satz: „Lenin und die Leninisten richteten den Hauptschlag gegen die Trotzkiisten als gegen die Hauptkraft der parteifeindlichen Gruppierungen“²⁵ liest sich wie eine Szene aus einem absurden Theaterstück, wenn man weiß, daß von den sieben Unterzeichnern der Lenin-Plattform nur drei in den stalinistischen Götzenhimmel aufgenommen wurden (Lenin, Kalinin und Stalin selbst). Sinowjew, Tomski und Rudzutak wurden der „Bande von Mördern und Spionen“, den „weißgardistischen Wichten“ und „bucharinschen-trozkistischen Scheusalen“²⁶ zugerechnet, die in den Säuberungen von 1936 bis 1938 erschossen wurden, Selbstmord verüben mußten oder verschwanden. Un-

21 Russische Korrespondenz II/3–4, S. 136.

22 Russische Korrespondenz II/5, S. 323.

23 Lenin XXVI, S. 341. Er sprach sich mit diesen Worten gegen einen Antrag von Rjasanow aus.

24 *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang*. Berlin 1946, S. 290.

25 Ebd., S. 305 f.

26 Ebd., S. 396 u. 420.

ter den Unterzeichnern der Trotzki-Plattform waren auch zwei, die in der stalinistischen Geschichtsschreibung als „stahlharte Leninisten“ gefeiert wurden: der Tscheka-Chef Dserschinski und Andrejew, der es in der Stalin-Ära bis zum Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK brachte und erst auf dem XIX. Parteitag (1952) zum einfachen ZK-Mitglied degradiert wurde.

Die unter Nikita Chruschtschow 1959 herausgegebene *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion* verschwieg, daß das ZK der KPR(B) am 24. Dezember 1920 die freie Diskussion über die Gewerkschaftsfrage eröffnet hatte und behauptete, Trotzki und seine „Gesinnungsgenossen“ hätten sich gegen die „Linie des ZK“ ausgesprochen. Immerhin wurde zugegeben, daß die Wahl der Delegierten zum X. Parteitag „nach Plattformen“ vom ZK für zulässig erklärt worden war. Allerdings hieß es gleich im Anschluß: „Das ZK war dabei überzeugt, daß dies die Entlarvung Trotzkis und der anderen Opportunisten beschleunigen werde.“ In diesem Zusammenhang wurden auch die „oppositionellen“ Gruppen „Arbeiter-Opposition“ und „Demokratischer Zentralismus“ erwähnt, allerdings ohne das Attribut „partei feindlich“. Für ihre Existenz wurde der „Einfluß des kleinbürgerlichen Elements auf nicht standhafte Parteimitglieder“ verantwortlich gemacht.²⁷ Die *Parteigeschichte* zählte in alphabetischer Reihenfolge drei Unterzeichner von Lenins Plattform auf. Darunter war Rudsutak, der, wie Chruschtschow in seiner berühmten Geheimrede auf dem XX. Parteitag (1956) bekanntgab, während der „Großen Säuberungen“ zum Tode verurteilt und erschossen worden war. 1955 wurde er rehabilitiert.²⁸ Die prominentesten Opfer der großen Schauprozesse der Jahre 1936 bis 1938, Bucharin, Kamenew und Sinowjew, wurden erst 1988 rehabilitiert. Trotzki ist es bis heute nicht. Immerhin durften im Zeichen von Glasnost seine wie auch die Schriften anderer verfemter Politiker und Literaten wieder veröffentlicht werden.²⁹

Fazit

Wer die hier zitierten Dokumente der Diskussion in der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) in den Jahren 1920 und 1921 liest, glaubt, es mit einem Leuchtturm innerparteilicher Demokratie zu tun zu haben. Und wer damals wie heute das Innenleben einer demokratischen Partei kennengelernt hat, konnte dort von Abstimmungen und Wahlen nach schriftlich vorliegenden und in den Publikationsorganen der Partei veröffentlichten Plattformen nicht einmal träumen. Bei näherer Betrachtung wird aber auch deutlich, daß sich das Kommandosystem Stalins bereits ankündigte, als der Georgier noch nicht Generalsekretär der Kommunistischen Partei war. Der Meinungsstreit war ein letztes Aufbäumen mutiger Parteimitglieder gegen „selbstherrliche und diktatorische Alüren“ hoher Partei- und Staatsbürokraten, gegen die Schaffung eines lebensfremden bürokratischen Apparats, das Prinzip der „Ernennungen“ und „Bevollmächtigungen“ und gegen ein System, in dem die Arbeiterklasse ein „geschändetes, elendes Zuchthäuslerdasein“ führen mußte. Es war eben nicht möglich, in dem von einer revolutionären Partei eroberten Staat das Mehrparteiensystem und den Rechtsstaat abzuschaffen und eine unabhängige Presse zu verbieten, und dabei gleichzeitig innerparteiliche Meinungsfreiheit und Pluralismus zu leben. Das Jahr 1923 brachte die Wende in der KPR(B). Stalin fing an, den Kampf um die Nachfolge Lenins mit administrativen Methoden auszutragen.

27 *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*. Berlin 1960, S. 427.

28 Ebd., S. 430; Die Entlarvung Stalins. Chruschtschows Rede auf dem 20. Parteitag der KPdSU in Moskau. Berlin o. J. (1956), S. 18 f.

29 Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise? Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. München/Wien 1989, S. 52 u. 102.

Auch der KPD erging es nicht anders. Auf dem 10. Parteitag im Juni 1924 in Frankfurt am Main wurde beschlossen, die Reste des „Brandlerismus“³⁰ auszurotten und jegliche Fraktionen und Gruppierungen zu liquidieren. Clara Zetkin wird sich vermutlich wehmütig an die Diskussionen auf dem 9. Parteitag in Leipzig zurückerinnert haben. Meinungsverschiedenheiten hat es in der Kommunistischen Partei bis zum Ende des Sowjetstaates gegeben, aber sie wurden nicht offen ausgetragen. Die unterlegenen Personen und Gruppierungen wurden in der Zeit zwischen dem ersten Moskauer Schauprozeß im Jahre 1936 und dem Jahre 1953 hingerichtet oder in die Verbannung geschickt. In den Jahren danach wurden sie auf unbedeutende Posten abgeschoben. So wurde Malenkow zum Direktor eines Kraftwerks, Molotow zum Botschafter in der Mongolei gemacht. Noch härter traf es Chruschtschow, der nach seiner Absetzung im Jahre 1964 zur Unperson gemacht und aus dem Gedächtnis der Partei getilgt wurde.

30 Bericht über die Verhandlungen des 9. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 7. bis 10. April 1924. Berlin 1924, S. 372. Heinrich Brandler war 1923 der Vorsitzende des Polbüros (nicht Politbüros) der KPD. Einen Parteivorsitzenden hat es damals in der KPD nicht gegeben.